

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

letzte Woche fand am 16. November eine Stadtratssitzung statt. Folgende Themen und Beschlussvorlagen standen unter anderem auf der Tagesordnung:

Fernbushalt Erfurt, Förderung der Elektromobilität, Änderung der Baumschutzsatzung, Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Caravan- und Campingplatz Erfurt-Dittelstedt", Finanzierung des Theaters Erfurt für die Jahre 2017 bis 2024, die rechtlichen Konsequenzen durch Bauverzögerungen und Baumängeln bei der Multifunktionsarena und die Bewerbung Erfurts um die Teilnahme am Projekt "Global Nachhaltige Kommune Thüringen".

Die öffentlichen Unterlagen der Stadtratssitzungen können auf der Seite <http://buengerinfo.erfurt.de/bi/infobi.php> heruntergeladen werden. Die letzte Stadtratssitzung ist unter http://buengerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?_ksinr=86998851 einsehbar.

Die Stadt Erfurt bietet zudem einen Videomitschnitt der letzten Stadtratssitzungen an: <http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/stadtrat/sitzungen/index.html>

Fernbushalt Erfurt

Der Standort für den Fernbushalt in Erfurt ist seit mehreren Monaten in der politischen Diskussion. Wir stimmten letzte Woche dem SPD-Antrag zu, da dieser offen ist für alle Varianten am Hbf. und nicht eine bestimmte Variante bevorzugt (wie der Antrag der CDU-Fraktion). Der Antrag der Bunten Fraktion (pro Flughafen) hat uns nicht überzeugt. Wir halten die Argumente für einen Standort am Hbf. für gewichtiger, auch wenn es durchaus Einwände gibt. Ein umfassender und deutlich besserer ÖPNV-Anschluss, welcher nicht aufgestockt werden müsste, eine vielfältige Infrastruktur für Reisende vor Ort, das Auto, das nicht für die Anreise zum Bus erforderlich ist (und beim Flughafen viel wahrscheinlicher zum Einsatz kommt) und ein Hbf., der ein sehr attraktiver Anlaufpunkt für Fernreisende ist, scheinen uns gute Gründe zu sein. Die Einwände der EVAG sind in diesen Antrag der SPD eingeflossen. Schließlich wurde die Finanzierung des Standorts über die Fernbusunternehmen auch bedacht.

Förderung der Elektromobilität

Ursprünglich wollte die SPD-Fraktion laut diesem Antrag, dass 1/3 der künftigen PKW-Stellplätze über einen Ladeanschluss für Elektroautos verfügen. Das schien uns angesichts der aktuellen Marktanteile von E-Autos zu ambitioniert – zudem stehen wir als Grüne Fraktion der E-Mobilität immer dann sehr kritisch gegenüber, wenn einfach nur der motorisierte Individualverkehr (MIV) 1:1 durch elektrischen MIV ersetzt werden soll. Dann haben wir zwar ein Problem gelöst, die anderen MIV-Probleme bleiben uns nach wie vor erhalten. Die Prioritäten müssten deutlicher auf dem ÖPNV liegen.

Da aber die individuelle E-Mobilität mittelfristig trotzdem ein wichtiges Thema sein und bleiben wird, haben wir einen Änderungsantrag mit SPD, LINKE und CDU eingebracht, welcher auch beschlossen wurde.

Zum einen reduzierten wir darin die Vorgabe auf 10% Ladeanschlüsse (mit Nachrüstungsoption) für künftige Bauvorhaben, zum anderen forderten wir, dass die Stadt Erfurt zusammen

mit den Stadtwerken ein Ladekonzept für sog. Laternenparker erarbeitet. Daneben sollen die Stadtwerke Erfurt aufzeigen, wie E-Autos künftig als Speicher für überschüssigen Strom fungieren könnten. Schließlich sollen in den städtischen Haushaltsentwürfen bis 2020 bei PKW-Ersatzbeschaffungen jeweils 10% Elektrofahrzeuge vorgesehen werden.

Als Grüne Fraktion war uns bei diesem Punkt enorm wichtig, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht, und die eigenen Elektrofahrzeuge mit regenerativ erzeugtem Strom betreibt. Die Stadtverwaltung hat auf unseren Antrag hin bis Ende 2017 zu prüfen, wie dies mit stadteigenen Solaranlagen zu bewerkstelligen ist (was neben den ökologischen auch handfeste wirtschaftliche Vorteile für den städtischen Haushalt hätte).

Änderung der Baumschutzsatzung

Diese Änderung der Baumschutzsatzung geht auf die langjährige Initiative Ludger Kanngießers zurück. Er fordert aus Gründen der Resilienz und des Schutzes der Biodiversität immer wieder auch Obstbäume in Bebauungsplänen ein. Dies wurde bisher gerne damit abgelehnt, dass Obstbäume eigentlich nicht durch die städtische Baumschutzsatzung geschützt sind, und der Bauherr jederzeit den geforderten Obstbaum im Nachgang ohne Folgen fällen dürfe. Also beschränkte man sich regelmäßig auf die Baumarten, die auch durch die Satzung geschützt sind. Um die Obstbäume also nicht im zweiten Schritt zu verlieren, war es notwendig, diese in den Schutz der Satzung zu stellen.

Dies ist nun der Fall – auch Obstbäume werden nun durch die Baumschutzsatzung geschützt, wenn sie in Bebauungsplänen gefordert werden.

Dass die CDU-Fraktion hier dagegen stimmte, offenbarte mal wieder zuverlässig ihren ökologischen Standpunkt – ohne Publikum stets dagegen, sobald sich aber eine Bürgerinitiative für Bäume einsetzt, stellt sich die CDU-Fraktion öffentlichkeitswirksam (und doppelzüngig) an die Spitze der Bewegung... Wir durften dieses Doppelgesicht an dem Sitzungsabend ein weiteres Mal erleben, worauf ich weiter unten nochmals zurückkomme.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan DIT673 "Caravan- und Campingplatz Erfurt-Dittelstedt"

Der Bebauungsplan für den Caravan- und Campingplatz Erfurt-Dittelstedt nahm letzten Mittwoch eine weitere Hürde. Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion wurde dieser mit großer Mehrheit beschlossen.

Bei dem künftigen Standort in Dittelstedt handelt es sich zwar um eine landwirtschaftliche Fläche, welche jedoch seit Jahren vernachlässigt und als Ablagefläche für Material, Bauschutt, Grünabfälle und sonstigen Abbruch aus dem Landschaftsbau genutzt wird (siehe Bilder in der Anlage 3 zum TOP 8.13). Durch diese Nutzung ist der Boden landwirtschaftlich nur noch schwer zu nutzen – eigentlich ist der Boden der landwirtschaftlichen Nutzung de facto dadurch entzogen worden.

Wir finden – und das hat Astrid klar gemacht – dass sich diese Fläche durchaus für den Caravanplatz eignet. Die Suche nach einer geeigneten Fläche begleitet uns im Stadtrat schon seit vielen Jahren. Nun haben wir diese Fläche vor den Toren der Stadt, sie ist gut erreichbar und an den ÖPNV angeschlossen. Die Gestaltung des Platzes soll behutsam vorgenommen werden. Wir werden darauf achten, dass so wenig Fläche wie möglich versiegelt wird. Dafür soll die Fläche mit Bäumen und Hecken strukturiert werden. Der Artenschutz (Schutz der dort lebenden Eidechsen und Fledermäuse) ist im Bebauungsplan bedacht und es müssen bestimmte Maßnahmen ergriffen werden, um die Lebensräume auch nach dem Umbau zu erhalten. Wir werden dies im Auge behalten.

Schließlich sind wir davon überzeugt, dass Dittelstedt vom neuen Caravanplatz profitieren wird. Das lokale Handwerk und der Einzelhandel werden sich über die zusätzliche Kundenschaft freuen. Nach Abwägung aller Argumente für und gegen den Platz sind wir der Ansicht, dass wir mit diesem Standort eine gute Wahl getroffen haben.

Finanzierung des Theaters Erfurt für die Jahre 2017 bis 2024

Die Zukunft der Finanzierung des Theaters Erfurt wurde auf Wunsch der SPD-Fraktion auf die Dezember-Sitzung vertagt. Wir konnten und können diese verzögernde Intervention nicht wirklich nachvollziehen. Sie kommt nämlich gute 2 Jahre zu spät. Nach Ende des 2jährigen Verhandlungsprozesses jetzt die (letztlich rein monetäre) Forderungsliste komplett neu aufzumachen, ist so unsinnig wie illusorisch und verschlechtert eher die Verhandlungsposition für Erfurt, als dass hier Verbesserungen zu erwarten wären. Ihre Forderungen hätte die SPD zu Beginn der Verhandlungen deutlicher einbringen und besser verteidigen müssen. Dass sich das Land jetzt auf keine Nachverhandlungen einlassen wird, liegt doch auf der Hand, sind von dieser Vereinbarung noch weitere Städte betroffen. Und diese Städte haben bereits alle unterschrieben. Deshalb würde Nachverhandeln mit dem Ziel des „Nachschlags“ bedeuten, für das gesamte Land ein fertiges Paket komplett aufzuschnüren. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies geschehen wird, ist glatt „Null“. Insofern halten wir die Intervention der SPD für lautes Stampfen mit dem Fuß, das außer Humpeln nichts einbringt, dessen Aufmerksamkeit heischendes Gezeter aber schadet.

Im Einzelnen entspricht die vorliegende Finanzierungsvereinbarung dem Abschluss der geführten Vertragsverhandlungen zwischen Stadt und Land und muss für die Stadt Erfurt vom Stadtrat bestätigt werden. Diese Vereinbarung mag noch nicht optimal sein, bringt aber Verbesserungen in einigen wichtigen Punkten:

- Laufzeit bis 2024
- gleichbleibender Finanzbetrag für die Stadt Erfurt bis 2020
- Reduzierung der zweckgebundenen Mittel für die Orchesterdienste der Thüringen Philharmonie Gotha; d.h. wir haben mehr Mittel frei zur eigenen Verwendung nach Wunsch
- höhere Beteiligung durch den Freistaat Thüringen, indem Tarifsteigerungen bis 2,5% komplett vom Land übernommen werden
- zusätzliche Inaussichtstellung investiver Zuschüsse ab 2018 durch den Freistaat Thüringen
- Kooperation mit dem DNT und die Einrichtung eines Kooperationsfonds
- Kooperation mit dem Thüringer Staatsballett (Theater Altenburg-Gera)

Glücklicherweise kam es nicht – wie von einigen Akteuren im Kulturausschuss gefordert - zur Ablehnung der Vereinbarung. Damit hätte die SPD für Erfurt riskiert, dass das Theater Erfurt unter dem SPD-Oberbürgermeister 2017 völlig ohne Vertrag dasteht. Nun werden wir im Dezember der Vereinbarung (höchstwahrscheinlich ohne Nachbesserungen seitens des Landes) zustimmen und die Zukunft des Theaters sichern. Man ist versucht in Anspielung auf Fritz Teufel zu sagen: wenn die Ehrenrunde der Wahrheitsfindung dient,

Rechtliche Konsequenzen durch Bauverzögerungen und Baumängeln bei der Multifunktionsarena (MFA)

Die CDU-Fraktion hatte mal wieder einen Antrag zur MFA eingebracht. Mittlerweile beschäf-

tigen wir uns in jeder Stadtratssitzung mit diesem Thema, die Anträge sind durchsichtig daran orientiert, personelle Konsequenzen publikumswirksam einzufordern, und nicht die Sache der MFA zu befördern. Wir sollten uns über diese latent populistischen Versuche aber nur bedingt aufregen. Viel eher sollten wir gelassen damit umgehen. Denn die Thematik Arena wird seit Jahren in diversen Ausschüssen kritisch bearbeitet, und es besteht deshalb gar kein Grund, etwa vor Anfragen der CDU Besorgnis zu haben. Allerdings ist es schon bedauerlich zu sehen, dass die x-te Wiederholung der gleichen Fragen oder ähnlicher Vermutungen mit öffentlichem Getöse (schon wieder) keine unterstellten „Skandale“ aufdeckt, aber massiv dazu beiträgt, das Image der Arena von Beginn an zu beschädigen. Das ist wirklich schade, denn die Arena wird Erfurt bereichern. Da wir der Auffassung sind, dass die Fragen der CDU auch diesmal eine Antwort erhalten sollen und die Verwaltung auch nichts zu verheimlichen hat, haben wir sie neben den zuständigen Ausschüssen in eine Sondersitzung des Werkausschusses MFA verwiesen, die es Ende Januar 2017 geben wird. Unser angenommener Änderungsantrag hat dabei einige Formulierungen präzisiert.

Dass die Stadtverwaltung selbst an rechtlichen Konsequenzen für Bauverzug und Baumängel interessiert ist, liegt auf der Hand. Dazu bedarf es keines CDU-Antrags. Schließlich werden solche Konsequenzen im Nachgang nach Abschluss aller Bautätigkeiten zu ziehen sein.

Bewerbung Erfurts um die Teilnahme am Projekt "Global Nachhaltige Kommune Thüringen"

Die Vereinten Nationen haben sich Ende September 2015 auf die 2030-Agenda geeinigt. Sie bildet einen neuen globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Die 2030-Agenda verfolgt 17 Nachhaltigkeitsziele. Dahinter stehen 169 konkretere Zielvorgaben, welche natürlich auch auf kommunaler Ebene verfolgt werden sollen.

Unser gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE eingebrachter Antrag hat zum Ziel, dass auch Erfurt sich auf den Weg macht. Einerseits wollten wir, dass die Landeshauptstadt sich zu den Zielen der 2030-Agenda bekennt – und darum die entsprechende Resolution des Deutschen Städtetages unterzeichnet. Andererseits darf es nicht nur bei diesem Bekenntnis bleiben. Für die ersten Schritte der Umsetzung der 2030-Agenda könnte sich die Landeshauptstadt Erfurt um professionelle Unterstützung bemühen. Diese wird in Thüringen vom Verein Zukunftsfähiges Thüringen e.V. kostenlos angeboten. Voraussetzung ist eine aussagekräftige Bewerbung um die Teilnahme am Projekt "Global Nachhaltige Kommune Thüringen". Wir sind uns sicher, dass Erfurt gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Teilnahme mitbringt. Seit vielen Jahren sammelt die Landeshauptstadt Erfahrungen und auch Auszeichnungen in unterschiedlichsten Bereichen der nachhaltigen Entwicklung. Hier sind unter anderem der langjährige und vielfältige Agenda 21-Prozess, integrierte Stadtentwicklungskonzepte, das Klimaschutzkonzept oder der Umsetzungsplan zur Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ zu nennen. Ebenso liegen einige Erfahrungen zu Städtepartnerschaften, fairem Handel und Bürgerbeteiligung vor.

Der Agenda 21-Prozess wurde flankiert durch die UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) von 2005 bis 2014 und die mehrfache Auszeichnung der Stadt Erfurt.

Auch im neuen „Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung 2015-2019“ wirkt Erfurt mit und wurde 2016 erneut als Kommune ausgezeichnet.

2016 wurde die Landeshauptstadt Erfurt zum zweiten Mal als „Fairtrade Town“ ausgezeichnet. 2015 erreichte Erfurt die Auszeichnung mit dem European Energy Award (EEA).

Im aktuellen Dialog-Prozess erarbeiten Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, der Stadtverwaltung und der Stadtratsfraktionen die Leitlinien für eine kooperative Bürgerbeteiligung

in Erfurt. Diese Liste ist natürlich nicht vollständig und abschließend. Es geht vielmehr darum, dass all diese Aktivitäten, Strukturen, Konzepte und auch Gutachten aufgegriffen und im Rahmen einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie ganzheitlich vernetzt und weiterentwickelt werden sollen.

Schließlich war uns ganz wichtig, dass der Oberbürgermeister dafür ein Kernteam benennt, welches sich bei erfolgreicher Bewerbung gemeinsam mit dem externen Sachverstand des Vereins Zukunftsfähiges Thüringen e.V. um das Thema nachhaltige Entwicklung Erfurts kümmert. Nur dann ist eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema inklusive wertvoller Ergebnisse für die Zukunftsfähigkeit Erfurts zu erwarten. In diesem Sinne bedanken wir uns bei den Stadtratsmitgliedern für das sehr breite Votum für unseren Antrag.

Schade nur, dass die CDU-Fraktion bei solch einem wichtigen Thema dagegen gestimmt hat! Wir verstehen diese Entscheidung nicht und wundern uns gerade mit Blick auf die Konferenz in Marrakesch sehr – aber es passt halt leider dann doch ins Bild dieser CDU-Fraktion (siehe oben Baumschutzsatzung).

Mit besten Grüßen,
Prof. Dr. Alexander Thumfart, Fraktionsvorsitzender